MIT JUNGEN IDEEN ZURÜCK AN DIE SPITZE

Positionspapier zur Landtagswahl 2016

LEITANTRAG
BEZIRKSTAG 2014
06. / 07. SEPTEMBER, FRIEDRICHSHAFEN

JU JUNGE UNION Württemberg-Hohenzollern

Präambel

Mit dem Thema Landtagswahl 2016 wollen wir als Junge Union Württemberg-Hohenzollern einer der ersten Verbände sein, der dieses Thema inhaltlich und nicht nur personell angeht. Dabei wollen wir mit unseren Inhalten nicht als Konkurrenz zur CDU wahrgenommen werden. Unser Ziel ist es viel mehr, in den anstehenden Parteitagen möglichst viele unserer Positionen auch zu Positionen der CDU zu machen. Dies gilt insbesondere in den Bereichen, in denen die Beschlusslagen momentan konträr sind.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, im Jahr 2016 mit den richtigen Inhalten und starken Persönlichkeiten die aktuelle grün-rote „Planlostruppe“ abzulösen. Inhalte werden über Köpfe kommuniziert. Daher wollen wir an unserer Spitze Politiker, die dazu bereit sind, auch unangenehme Themen anzugehen und nach ihrer Überzeugung auch unpopuläre Entscheidungen treffen können. Gerade in diesem Zusammenhang sind wir Verfechter der momentan geltenden repräsentativen Demokratie. Den Versuch linker Kräfte, diese Form der Demokratie durch mehr plebiszitäre Elemente auszuhebeln, lehnen wir ab.

Inhaltsverzeichnis

Präambel 2
1 Jugend und Alkoholprävention 4
2 Energie 5
3 Innere Sicherheit und Justiz 7
3.1 Polizeistrukturreform 7
3.2 Videoüberwachung 7
3.3 Kommunale Ordnungsdienste 8
3.4 Verfassungsschutz 8
3.5 Justiz 8
4 Infrastruktur und Verkehr 9
5 Wirtschaft und Finanzen 10
6 Bildung 11
6.1 Lehrerausbildung 11
6.2 Grundschulempfehlung 12
6.3 Schulsystem 12
6.4 Ganztagesbetreuung 13
6.5 Gemeinschaftsschulen 14
7 Neues Jagd- und Wildtiermanagementgesetz 15
8 Kommunalwahlrecht 16

Autoren

Katharina Burger
Philipp Bürkle
Manuel Hagel
Manuel Hailfinger
Fabian Kemmer
Maximilian Klingele
Tobias Kolbeck
Andreas Lins
Valérie Neumann
Ferdinand Reiter
Sarah Roggenkamp
Wolfgang Schmauder
Thomas Schwenke

1 Jugend und Alkoholprävention

Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern versteht sich als politisches Sprachrohr der jungen Generation und setzt sich daher intensiv für deren Interessen ein. Mit Erschrecken mussten wir die aktuellen Pläne zur angeblichen Alkoholprävention des Landtags Baden-Württemberg zur Kenntnis nehmen, welche von einem scheinbar völlig verantwortungslosen Alkoholkonsum der Jugend ausgehen. Das durch die Medien geschaffene Bild einer „komasaufenden"-Generation ist komplett verzerrt und entspricht nicht der Realität.

Dabei wird ein Großteil der jungen Erwachsenen durch Verordnungen zum Alkoholverbot, die aufgrund solcher angeblichen generationsübergreifenden Erscheinungen getroffen wurden, in ihrem Kauf- und Konsumverhalten beeinträchtigt. Eine solche Verordnung ist auch das Alkoholverkaufsverbot zwischen 22 und 6 Uhr. Ein erhoffter Rückgang der mit Alkohol zusammenhängenden Straftaten ist seit der Einführung des Gesetzes nicht erkennbar.

Wir als Junge Union Württemberg-Hohenzollern setzen uns für die Abschaffung des Alkoholverkaufsverbots zwischen 22 und 6 Uhr ein und fordern stattdessen sinnvollere Lösungen zur Alkoholprävention. Wir setzen uns für eine verstärkte Kooperation mit Streetworkern und (Schul-)Sozialarbeitern ein – auch im ländlichen Raum. Diese Sozialarbeiter sollte das Land den Kommunen je nach Einwohnerzahl und Region zur Verfügung stellen. Wir wünschen uns, dass diese Sozialarbeiter auch abends und nachts auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unterwegs sind, um hier den sorgsamen Umgang mit Alkohol, der bei vielen Jugendlichen zum Feiern am Wochenende dazu gehört, zu gewährleisten. Denn individuelle Problemsituationen bedürfen einer individuellen Lösung und keines generellen Verbotes.

Außerdem halten wir ein Alkoholverbot in den Innenstädten für falsch. Sollten diese Verbote dennoch beschlossen werden, muss die Entscheidungsgewalt über die Einführung von Sperrzeiten an die Kommunen übertragen werden. Wir sprechen uns gegen jegliche Alkoholverbote auf öffentlichen Straßen und Plätzen aus, da solche Verbote zu kurz gedacht sind und vereinzelt vorhandene Probleme aufgrund übermäßigem Alkoholkonsum nicht nachhaltig gelöst, sondern nur räumlich verlagert werden.

Junge Menschen sollten sich überall im Rahmen der Gesetze frei bewegen und entfalten können. Dies muss ihnen in ihrer Selbstverantwortung zugetraut werden. Grundsätzlich lehnt die Junge Union Württemberg-Hohenzollern eine ständige Bevormundung der Bürger durch den Staat ab.

Die Junge Union hatte einen wesentlichen Anteil daran, dass Jugendliche in Baden-Württemberg seit 2008 bereits mit 17 Jahren eine Fahrerlaubnis erwerben können. Seither ist der „Führerschein mit 17“ unstrittig ein Erfolgsmodell, das vom Großteil der Jugendlichen wahrgenommen wird. Um Forderungen der Wirtschaft vor allem im ländlichen Raum nach einer höheren Flexibilität der auch aufgrund von G8 jünger werdenden Schulabgängern gerecht zu werden, ist es aus unserer Sicht unerlässlich, eine weitere Anpassung der Altersgrenze für den Erwerb einer Fahrerlaubnis vorzunehmen. Der JU Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern schließt sich daher der Forderung des Landesverbands an, das begleitende Fahren bereits auf 16 Jahre vorzuziehen und es jungen Menschen nach Wiederholung einer theoretischen und praktischen Prüfungen zu ermöglichen, bereits mit 17 Jahren eine vollwertige Fahrerlaubnis zu erwerben.

2 Energie

Die Atomkatastrophe in Fukushima bewirkte in Deutschland ein politisches Umdenken im Hinblick auf die Energiepolitik. Die Bedeutung der regenerativen Energien ist seitdem in Deutschland und auch in Baden-Württemberg stark gestiegen. Dabei ist Baden-Württemberg besonders von der Energiewende betroffen: zwei Atomkraftwerke gingen im Zuge des Atommoratoriums bereits vom Netz und zwei weitere Anlagen sollen durch den Atomausstieg spätestens 2019 und 2022 vom Netz gehen. Noch kommen jedoch 37% des erzeugten Stroms aus Atomkraftwerken, während nur ca. 24% durch regenerative Energien hergestellt wird.

Die Energiewende stellt uns dabei in den kommenden Jahren vor zahlreiche Herausforderungen. Wichtige Punkte werden hierbei die Endlagerung des Atommülls, Versorgungssicherheit, der Bau neuer Stromtrassen, der Ausbau von Speichertechnologien und die Steigerung der Energieeffizienz sein. Ebenso müssen Bezahlbarkeit für den Privatkunden und Wirtschaftlichkeit für Unternehmen erhalten bleiben, damit die Energiewende auch die benötigte gesellschaftliche Akzeptanz erfährt.

Aufgrund der Tatsache, dass ein Großteil des Stroms nicht mehr zentral, sondern dezentral erzeugt werden wird, muss der Transport durch ein intelligentes Stromnetz mithilfe von neu gebauten Stromtrassen gewährleistet sein. Hierzu müssen die benötigten Stromtrassen zügig planfestgestellt werden.

Wir als Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordern die Vertreter des Landes Baden-Württemberg im Länderausschuss der Bundesnetzagentur dazu auf, sich für einen schnel-

len und intelligenten Netzausbau einzusetzen, um den Prozess der Energiewende zu beschleunigen. Zudem muss der Transport des Stroms von Offshore Windparks in Nord- und Ostsee in den Süden garantiert werden. Ebenso muss die Landesregierung alle Anstrengungen auf sich nehmen, um auch auf europäischer Ebene eine gute Zusammenarbeit in Energiefragen zu ermöglichen.

Ein wichtiger Bestandteil der Energiewende wird der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg sein. Gerade hier forderte die grün-rote Landesregierung einen massiven Ausbau. 2013 wurden im ersten Halbjahr bei den zuständigen Institutionen allerdings gerade einmal 65 neue Anlagen beantragt. Lediglich 14 Anlagen davon wurden letztendlich auch genehmigt. Baden-Württemberg verschenkt hier Zeit und hinkt damit nach Stand von 2013 mit ca. 400 Anlagen deutlich hinter den benachbarten Bundesländern Bayern mit 652 und Rheinland-Pfalz mit 1.357 Anlagen hinterher. In der Regel beträgt die Bauzeit einer Windkraftanlage von der Planung bis zur Fertigstellung zwei Jahre. Hier fordern wir die Landesregierung auf, weitere mögliche Standorte zügiger zu überprüfen. Die Anlagen müssen unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsaspektes an geeigneten Standorten beantragt und ein schnellerer Bau von diesen muss umgesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Steigerung der Energieeffizienz, denn umso weniger Energie benötigt wird, desto weniger muss schließlich auch erzeugt werden. Die energetische Sanierung von Altbauten muss hier verstärkt forciert werden. Auch wäre nach der Mietrechtsreform auf Bundesebene eine Weiterentwicklung des Bauordnungsrechts konsequent und sinnvoll.

Unabhängig davon, wie Strom produziert wird, stellt sich immer das Problem, dass Energie nicht zur gleichen Zeit verbraucht wie produziert wird. Strom gilt momentan als sehr begrenzt speicherbar. Das Stromnetz ist jedoch sehr sensibel und darf weder unter- noch überversorgt werden. Vor allem aber der stark geförderte Ausbau der wetterabhängigen Energien verstärkt das Problem. Wichtig ist, dass die Forschung der Energiespeicherung weiter vorangetrieben wird. Hierbei fordern wir von der Landesregierung, dass sie neue Energiespeicherprojekte, wie z.B. Pumpspeicherkraftwerke, auf den Weg bringt und die „Power to Gas“-Technologie stärker nutzt. Baden-Württemberg hat aufgrund der Gesetzgebungskompetenzen aber auch nur begrenzten Spielraum in diesem Bereich, es muss seinen Einfluss im Bund und auch in Europa geltend machen und Kommunen bei Projekten unterstützen.

3 Innere Sicherheit und Justiz

3.1 Polizeistrukturreform

Für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung und die Einhaltung der geltenden Gesetze zu sorgen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Eine effektive Polizeiarbeit zur Gefahrenabwehr ist hierbei unerlässlich. Das von der Landesregierung mit der Polizeistrukturreform verfolgte Ziel, neue und leistungsfähige Organisationsstrukturen zu schaffen, wird mit dem Wegfall der kreisorientierten Polizeidirektionen nicht erreicht. Gerade im ländlichen Raum ist eine enge Verzahnung der unterschiedlichen Dienste wie Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Katastrophenschutz aufgrund der zu betreuenden Fläche notwendig. Dies kann mit – zum Teil bezirksübergreifenden – regionalen Polizeipräsidien nicht effektiv erreicht werden. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und Reaktions- und Anfahrtszeiten zu verringern, sehen wir einen Reformbedarf, zum Beispiel mit breiter verteilter Polizeipräsenz durch verstärkte Streifen. Wo es sinnvoll ist, können spezielle Funktionen in der Ermittlungsarbeit zentral gehalten werden.

Die aktuelle Personalsituation des Polizeivollzugsdienstes wird dem reellen Bedarf keineswegs gerecht. Für eine zukunfts- und bedarfsgerechte Ausrichtung der Polizeibehörden sind daher mehr und besser qualifizierte Vollzugsbeamte sowie die Verbesserung des Anteils von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund im Polizeivollzugsdienst notwendig.

3.2 Videoüberwachung

Die großflächige Videoüberwachung von bestimmten öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowohl zu präventiven, als auch zu repressiven Zwecken ist in einer modernen Sicherheitspolitik nicht mehr wegzudenken. Die Aufklärung von Straftaten wird durch entsprechende Aufnahmen und deren – zeitlich begrenzte – Speicherung deutlich erleichtert und stellt den Polizeibehörden ein effektives Mittel zur personalfreien Überwachung von zentralen und gefährdeten Plätzen zur Verfügung. Hierbei ist allerdings zu unterscheiden zwischen der Verfolgung von Verbrechen und Vergehen. Die Kameras sollten nicht verwendet werden um sämtliche Bagatelldelikte zu verfolgen. Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern setzt sich daher für einen Ausbau der polizeilichen Videoüberwachung an menschenreichen Plätzen, Innenstädten sowie Bahnhöfen, etc. ein und fordert eine entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes.

3.3 Kommunale Ordnungsdienste

Die schleichende Verlagerung von allgemeiner Polizeiarbeit bei leichten Ordnungsverstößen, insbesondere bei Lärmbelästigung und ähnlichen „Kleinstdelikten“, auf die Gemeinden als örtliche Polizeibehörde, stellt diese vor neue Herausforderungen. Dieser Entwicklung können unsere Gemeinden nur mit entsprechend personell und sachlich ausgestatteten kommunalen Ordnungsdiensten begegnen. Aufgabe der Landespolitik soll es daher sein, die betroffenen Kommunen bei der Einrichtung solcher Ordnungsdienste zu unterstützen und zu beraten, ohne in deren Selbstverwaltungsrecht einzugreifen. Daher fordert die Junge Union Württemberg-Hohenzollern die Schaffung einer Koordinationsstelle für die Vollzugsdienste der Gemeinden beim Innenministerium. Bestimmte hoheitliche Aufgaben dürfen auch in Zukunft nicht auf private Firmen übertragen werden.

3.4 Verfassungsschutz

Extremismus jeglicher Art stellt eine ernstzunehmende Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung in Baden-Württemberg dar. Diesem kann nur mit einem starken und ausgewogen agierenden Landesverfassungsschutz entgegen getreten werden. Mit Besorgnis sieht die Junge Union Württemberg-Hohenzollern in den letzten Jahren eine zu einseitige Fokussierung auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und fordert daher eine personelle Verstärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz, um den Gefahren von Linksextremismus in gleicher Weise begegnen zu können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Streichung der Beobachtung von Linksextremismus auf Bundesebene.

Die Junge Union fordert darüber hinaus eine Leitlinie für Polizisten, wie diese mit religiös oder kulturell motiviertem Antisemitismus und Fremdenhass umgehen sollen.

3.5 Justiz

Die Justiz in Baden-Württemberg ist längst an ihrer personellen Belastungsgrenze angekommen. Die Anzahl und Komplexität der Verfahren – unabhängig der Gerichtsbarkeit – kann von den im Dienst des Landes stehenden Richterinnen und Richtern kaum noch bewältigt werden. Insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität, wo eine schnelle und tatzeitnahe Bestrafung aus psychologischen Gründen notwendig ist, muss die Verfahrensdauer deutlich verringert werden. Bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind langjährige Verfahren längst keine Ausnahme mehr und stellen eine enorme Belastung sowohl für die

beteiligten Richterinnen und Richter als auch für die Parteien dar. Es ist daher die ausdrückliche Forderung der Jungen Union Württemberg-Hohenzollern, den Justizdienst des Landes mit deutlich mehr Stellen auszustatten.

4 Infrastruktur und Verkehr

Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordert eine sukzessive flächendeckende Versorgung mit Glasfaser auf Basis von FTTH (Fibre To The Home). Dabei soll vor allem im ländlichen Raum auf kommunale Zweckverbände gesetzt werden. Diese sind daher organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Auch der Ausbau des mobilen Internets ist flächendeckend voranzutreiben. Ältere UMTS-Masten sind sukzessive auf LTE umzurüsten. Generell fordern wir das Land dazu auf, die Fördermittel in diesem Bereich aufzustocken. Die Tatsache, dass Bayern im Vergleich zu Baden-Württemberg das 25-fache an Fördergeldern bereitstellt, ist für uns nicht hinnehmbar und zeigt, dass die grün-rote Landesregierung die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat.

Als Junge Union Württemberg-Hohenzollern fordern wir ein radikales Umdenken beim Thema Verkehr. Beim kommunalen Straßenbau ist die Landesförderung wieder von 50% auf 75% zu erhöhen. In vielen finanzschwachen Kommunen ist der Erhalt und Bau von Straßen wegen der Reduzierung der Förderung zum Erliegen gekommen. Dies zeigt einmal mehr das Desinteresse der aktuellen Landesregierung am ländlichen Raum.

Auch im öffentlichen Nahverkehr zeigt sich, dass Grün-Rot die Menschen im ländlichen Raum durch eine auf Zentren orientierte Mittelverteilung im Regen stehen lässt. Mit einer von Ideologie und Verzögerungen geprägte Bahnpolitik gefährdet Grün-Rot die nachhaltige Finanzierbarkeit von Bahnangebot und -infrastruktur in der Fläche. Wir hingegen wollen eine Verkehrsanbindung der Fläche auf der Schiene, bei der Land und Kommunen Ziele und Maßnahmen im engen Schulterschluss definieren und umsetzen. Im Gegensatz zu Grün-Rot fordern wir vertragliche Laufzeiten und Regeln zwischen Land und Bahnbetreibern, die notwendige Investitionssicherheit bieten und zugleich unternehmerische Freiheiten gewähren. Längst überfällige Investitionen in das Schienennetz der Fläche mit möglichst hohen Eigenmitteln der Infrastrukturbetreiber stoßen wir an, indem wir mit langfristigen Bestell- und Nutzungsvereinbarungen zwischen Bund, Land und Infrastrukturbetreibern die erforderliche Investitionssicherheit schaffen. Wir wollen im ländlichen Raum ein zukunftsfähiges Nahverkehrsangebot auf der Straße: das mittelständisch geprägten Omnibusgewerbe im Land kennt Bedürfnisse und Lösungen vor Ort am besten und verdient

hierzu ein geeignetes ÖPNV-Finanzierungsmodell, bei dem ein flächendeckendes Angebot gegenüber einem ruinösen Preiskampf Vorrang hat.

5 Wirtschaft und Finanzen

Wir fordern eine sofortige Rückkehr zu soliden Finanzen, eine Netto-Null-Verschuldung erst im Jahre 2020 ist nicht hinnehmbar. Teure Wahlgeschenke auf Pump sind ein Schlag ins Gesicht der jungen Generation! Zudem fordern wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs hin zu mehr Leistungsgerechtigkeit. Wir fordern die neue Landesregierung auf, deutlich entschlossener als die aktuelle Landesregierung vorzugehen. Dass das Land Baden-Württemberg sich nicht an der Klage gegen die bestehende Regelung beteiligt hat, ist beschämend.

Wir setzen uns für Reformen in der öffentlichen Verwaltung ein. Dazu fordern wir die Abschaffung des Integrationsministeriums. Die Aufgaben dieses Ministeriums können aus unserer Sicht ebenso gut in anderen Häusern erledigt werden. Generell halten wir nichts von der Schaffung von ganzen Ministerien zur Versorgung von Parteifunktionären.

Kommunen dürfen grundsätzlich nicht fürs Sparen bestraft werden. Es muss möglich sein, dass Rücklagen gebildet werden können, ohne dass im nächsten Jahr Zuschüsse gestrichen werden beziehungsweise erhöhte Abgaben auf Grundlage der Ansparungen fällig werden.

Wir fordern alle Parteien auf, sich klar zur Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum zu bekennen. Geld muss erst erwirtschaftet werden, bevor es umverteilt werden kann. Wachstum benötigt Fläche. Daher setzten wir uns für ein Umdenken beim Thema Flächenverbrauch ein. Die Neuausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen durch die Kommunen muss wieder ermöglicht werden. Um in allen Landesteilen genügend Raum für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, fordern wir eine stärkere regionale Abstimmung bei der Ausweisung von Gewerbestandorten, ohne dabei die kommunale Selbstverwaltung anzugreifen. Der Ansatz interkommunaler Gewerbegebiete ist dabei besonders zu unterstützen.

Außerdem unterstützt die Junge Union Württemberg-Hohenzollern die Forderung des JU Landesverbandes nach der Abschaffung der Zweitwohnungssteuer.

Selbstredend stehen alle Forderungen dieses Papiers unter Finanzierungsvorbehalt.

6 Bildung

Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Reformversuche im Bildungs- und Schulwesen große Verunsicherung auf Seiten der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft entstehen lassen und für viel Chaos und Verwirrung gesorgt. Uns ist selbstverständlich daran gelegen, dass wieder Ruhe in unser Bildungssystem kommt. Allerdings hat Grün-Rot keinesfalls bessere Bildungsbedingungen geschaffen. Bildung und Ausbildung sind in unserem wirtschaftsstarken Bundesland mehr denn je von enormer Bedeutung und daher können wir vorgenommene Veränderungen nicht so hinnehmen.

6.1 Lehrerausbildung

Die universitäre Ausbildung der Lehrer, welche dringend sinnvoll reformbedürftig ist, hat unter dem von Grün-Rot verursachten Bildungschaos gelitten. Es werden junge Studenten auf Gymnasiasten losgelassen, die im Regelfall wenig pädagogische oder fachdidaktische Ausbildung erhalten haben und oftmals nach dem Leitsatz „learning by doing“ agieren müssen. Zum Wohle der Lehramtsanwärter und deren zukünftigen Schüler fordern wir deshalb als Junge Union Württemberg-Hohenzollern, dass die universitäre Lehrerausbildung mehr Praxiselemente enthalten muss. Dies kann unserer Meinung nach auch nach dem Vorbild der Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen geschehen. Statt einem zweiwöchigen Orientierungspraktikum, in welchem die Lehramtsanwärter nur hospitieren und nicht unterrichten dürfen, fordern wir die Einführung eines vier-wöchigen, verpflichtenden und benoteten Praktikums zwischen den ersten beiden Semestern des Lehramtsstudiums. In diesem soll sowohl hospitiert als auch selbst unterrichtet werden. Zudem sollen in diesem Praktikum auch die sozialen Kompetenzen der Lehramtsstudenten auf die Fähigkeiten eines Lehrers überprüft werden. Zur Mitte des Studiums muss ein Praxissemester absolviert werden. Dies ist zwar schon jetzt der Fall, jedoch wünschen wir uns, dass hier eine bessere individuelle Betreuung von Seiten der praxis-erfahrenen Lehrer in ihrer Funktion als Mentoren während des Praxissemesters stattfindet. Um Mentoren für diese anspruchsvolle Arbeit zu finden, müssen Anreize geschaffen werden; entweder finanzieller Art oder durch eine Verringerung des Deputats. Eine Kooperation während der Lehrerausbildung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, wie oft von Grün-Rot gefordert, ist keinesfalls flächendeckend zu verordnen.

Bei pädagogischen Fächern sind Kooperationen sinnvoll, jedoch unterstützen wir Kooperationen bei Kursen mit fachlichem Inhalt keineswegs und wollen hierbei eine rein universitäre Ausbildung.
Um die Qualität unserer Lehrer auch weiter zu sicher, fordern wir verstärkte und zumindest zum Teil verpflichtende Programme zur Fort- und Weiterbildung von Lehrern.
Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern will mit diesen Forderungen auch durch mangelnde psychologische und soziale Kompetenzen seitens der Lehrer, Probleme wie Burn-Out, Mobbing unter den Schülern oder unentdeckte Schüler-Lernprobleme vorbeugen.

6.2 Grundschulempfehlung

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat dazu geführt, dass vermehrt Kinder von ihren Eltern auf eine Schulart geschickt werden, die nicht ihren Interessen und Neigungen entsprechen. Ziel muss eine individuelle Förderung der Kinder sein. Außerdem sollte die individuellen Fähigkeiten von einer unabhängigen Seite bewertet werden. Ein guter Real- oder Hauptschulabschluss bringt den Kindern und Jugendlichen oft mehr, als ein mittelmäßig bis schlechter Gymnasialabschluss. Über kurz oder lang führt das dazu, dass sich weniger Jugendliche für eine klassische Ausbildung entscheiden. Die Folge davon sind überlaufene Hochschulen und Überakademisierung. Zudem haben sich die Sitzenbleiberzahlen an Realschulen innerhalb der letzten zwei Jahre versechsfacht, an Gymnasien vervierfacht. In Ulm sind sogar statt normal 1,2% jetzt 12% der Schüler sitzengeblieben. Wir fordern daher die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung.

6.3 Schulsystem

Baden-Württemberg braucht eine gegliederte Sekundarstufe, die durch differenzierte Bildungspläne jeden Schüler individuell nach Fähigkeiten und Interessen fördern und optimal auf seine berufliche Zukunft vorbereiten kann. Schulabschlüsse müssen für das qualifizieren, wofür sie eingesetzt werden können – sei es für die schulische Weiterbildung bis hin zum Abitur oder für die Berufs- bzw. Hochschulausbildung. Die klassische duale Ausbildung, ihr Wert und ihre Anforderungen müssen dabei vor allem in der Haupt- und in der Realschule wieder mehr kommuniziert und praktisch erfahrbar gemacht werden.

Die vertikale Durchlässigkeit im bedeutenden und ausgeprägten beruflichen Schulwesen Baden-Württembergs ist besonders zu berücksichtigen. Schon heute werden in Baden-Württemberg über die Hälfte aller Hochschulzugangsberechtigungen an beruflichen Schulen erworben und rund 10% der Hauptschulabsolventen erlangen auf diesem Wege das Abitur. Die beruflichen Schulen gilt es daher zu stärken.

Der Leitsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ darf nicht nur innerhalb des Schulwesens gelten. Klagen von Unternehmen und Hochschulen zeigen, dass wir die Anschlussfähigkeit von Schulabschlüssen an die Berufsausbildung zunehmend aufs Spiel setzen. Dieser Entwicklung muss zum einen durch verstärkte Einbeziehung von Unternehmen und Hochschulen und zum anderen durch die Erhaltung des Leistungsprinzips entgegengewirkt werden. Die Möglichkeit des Sitzenbleibens und/oder der Versetzung in eine andere Schulart muss weiterhin bestehen bleiben. Zudem darf die Qualität jeglicher Bildungsabschlüsse in keinem Falle weiter abgesenkt werden.

Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern setzt sich besonders für den Erhalt der von Grün-Rot benachteiligten Realschule ein, die die Aufgabe behalten soll, Schüler zu hochwertigen Ausbildungen zu führen. Auch die Hauptschule darf nicht zum Relikt oder zur „Restschule“ verkommen. Dies muss durch gezielte Kooperationen mit der Wirtschaft, kleinere Klassenteiler und verstärkte Schulsozialarbeit erreicht werden.

Die Geschwindigkeit der gymnasialen Schulbildung soll sich nach dem Entwicklungsstand des Schülers richten und daher muss die Einrichtung paralleler G8- und G9-Züge möglich bleiben.

Wir begrüßen die Möglichkeit für reguläre Schulen, auch Kinder mit Behinderungen aufzunehmen. Können sich Kommunen nötige Umbaumaßnahmen oder zusätzliches Betreuungspersonal allerdings nicht leisten, muss es die Möglichkeit geben, Kinder mit Behinderungen in Abstimmung mit der Schulkonferenz an Förderschulen zu verweisen. Grundsätzlich müssen Kinder individuell gefördert werden. Dies kann an Förder- bzw. Sonderschulen in den meisten Fällen besser bewerkstelligt werden.

6.4 Ganztagesbetreuung

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung an baden-württembergischen Schulen ist wichtig und richtig. Allerdings muss es für Eltern und Kinder eine Wahlfreiheit geben. Eine verpflichtende Einführung einer Ganztagesbetreuung im Sinne einer Ganztagesschule halten wir für falsch. Dennoch muss die Möglichkeit einer Ganztagesbetreuung vorhanden sein,

damit berufsbedingt stark eingespannte Eltern entlastet werden können und die Kinder nicht darunter leiden. Diese Ganztagesbetreuung sollte aber flexibel zu gestalten sein. Beispielweise muss es möglich sein, sein Kind nur an bestimmten Nachmittagen in der Woche in eine Betreuung zu geben. Der begonnen Weg der Kooperation von Schulen, die Ganztagsbetreuung anbieten, mit Sportvereinen, Musikschulen und ähnlichen Organisationen muss dabei fortgesetzt und verstärkt werden.

6.5 Gemeinschaftsschulen

Die Einführung der Gemeinschaftsschulen sollte eines der Prestigeprojekte von Grün-Rot werden. Doch statt Prestige gab es unter wechselnden Kultusministern nur Chaos. Nun versucht die Landesregierung die Zahl der Gemeinschaftsschulen mit verschiedenen Tricks hochzutreiben, wie zum Beispiel kleinere reelle Klassenteiler, zusätzliche Lehrerdeputate und Mittel für bauliche Veränderungen. Die Landesregierung will ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule aufbauen und damit Realschulen, Werkrealschulen und Hauptschulen abschaffen.

Gemeinschaftsschulen werden in der Regel nicht errichtet, weil die kommunalen Entscheidungsträger von deren Konzept überzeugt sind, sondern weil sie diese als einzige Möglichkeit sehen, das Bestehen ihrer kleinteiligen örtlichen Schulen zu erhalten. Solche Entscheidungen sind nachvollziehbar – gerade im ländlichen Raum. Doch die reine Quantität kann nicht das alleinige Argument bei der Schulplanung sein. Wir wollen regionale Schulentwicklungspläne, die entsprechend den örtlichen Besonderheiten das Beste für die Schüler erreichen. Es soll möglich sein, Mindestgrößen zu flexibilisieren, die Verwaltung von Schulen zusammen zu legen, zeitweilig kleinere Klassen anzubieten und verschiedene Schulformen unter ein Dach zu bringen – ohne dabei den jeweiligen spezifischen pädagogischen Rahmen zu verlassen. Hierfür ist mehr Lehrpersonal notwendig. Daher lehnen wir die von Grün-Rot geplante Streichung tausender Lehrerstellen ab.

Das Konzept der Gemeinschaftsschule, das nur mit finanziellen und personellen Zuschüssen durchgedrückt werden kann und keine positive Wirkung für die Schüler hat, ist unserer Meinung nach gescheitert. Daher fordern wir, das Projekt Gemeinschaftsschule auslaufen zu lassen und zu unserem vielgliedrigen und durchlässigen exzellenten Schulsystem zurückzukehren.

7 Neues Jagd- und Wildtiermanagementgesetz

Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern erachtet eine umfassende und in großen Teilen ideologisch motivierte Novellierung des bewährten Landesjagdgesetzes für überflüssig. Einzelne punktuelle Änderungen reichen völlig aus. Dabei muss das Jagdrecht als Eigentumsrecht mit seinen Rechten und Pflichten erhalten bleiben.

Betroffen vom neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ist nicht nur die Jagd, sondern auch unmittelbar die Land- und Forstwirtschaft. Derzeit sorgen tüchtige Jagdpächter mit hohem und zeitlichem Engagement sowie Idealismus für aktiven Natur- und Artenschutz.

Die grün-rote Landesregierung hörte in der Entstehungsphase dieser Gesetzesinitiative zu oft auf die Stimme der Naturschutzverbände, obwohl diese häufig fachlich unqualifiziert sind. Gleichzeitig überhörte sie die Stimme der Jäger, welche in diesem Bereich die wahren fachlich Qualifizierten sind. Als Junge Union Württemberg-Hohenzollern bezweifeln wir diese Vorgehensweise beim neuen Jagdgesetz.

Durch die Herabsetzung der Jagd zu einer reinen Schädlingsbekämpfung wird der Attraktivität der Jagdpacht massiv geschadet. Es ist zu befürchten, dass sich durch eine Überregulierung der Jagdausübung keine Jagdpächter für die Reviere mehr finden lassen. Zahlreiche Detailregelungen dürfen nicht das Ziel sein. Vielmehr muss die eigenverantwortliche Umsetzung durch die Betroffenen orientiert an den jeweiligen regionalen und lokalen Anforderungen oberste Priorität haben.

Die Jäger werden im neuen Jagdgesetz mehr und mehr in ihren eigenständigen Tätigkeits- und Entscheidungsbereichen eingeschränkt. In manchen Bereichen, wie z.B. bei der Zuordnung der Wildarten in das Schalenmodell, dürfen sie zukünftig die Naturschutzbehörden nur noch beraten. Im Gegenzug dafür müssen sie sich jedoch auf eigene Kosten an Schutzmaßnahmen für Wildarten beteiligen, die der Schutzschale zugeordnet sind (wie z.B. beim Kormoran). Den Jägern werden zahlreiche Aufgaben, die sie bisher freiwillig erbracht haben, nun ohne eine entsprechende Kostenerstattung durch das Land verpflichtend aufs Auge gedrückt, obgleich die Aufgaben des Jagd- und Wildtiermanagements öffentliche Aufgaben sind.

Für die Junge Union Württemberg-Hohenzollern gilt: unsere Jäger sind absolute Experten im Naturschutz und zeichnen sich durch ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein aus, daher sollten sie auch weiterhin durch das Jagdgesetz motiviert und nicht behindert werden.

8 Kommunalwahlrecht

Die grün-rote Landesregierung hatte im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 das Wahlrecht dahingehend geändert, dass die Sitzverteilung in den Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten nicht mehr nach dem Verfahren von d‘Hondt, sondern nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers berechnet wird. Wie erwartet führte das neue Auszählungsverfahren dazu, dass bei der am 25. Mai 2014 stattgefundenen Kommunalwahl kleinere Parteien und Gruppierungen bei der Sitzverteilung begünstigt wurden, während die oftmals prozentual stark zulegende CDU keinen weiteren Sitz erhalten hat. Teilweise war ein Wahlergebnis von nur ein oder zwei Prozent bereits ausreichend, damit die entsprechende Gruppierung einen Sitz im Gremium erhalten hat. Dies sieht die Junge Union Württemberg-Hohenzollern als viel zu niedrige Hürde für einen Einzug in die Kommunalgremien an. Das neue Sitzverteilungsverfahren begünstigt, dass in den Gremien vermehrt Einzelkämpfer oder Kleinstgruppen vorkommen, bei denen zu vermuten ist, dass es ihnen oftmals eher um Partikularinteressen geht anstatt das Allgemeinwohl einer gesamten Kommune und aller ihrer Bürger im Blick zu haben. Im Sinne stabiler Kraftverhältnisse in den gewählten kommunalen Gremien fordert die Junge Union Württemberg-Hohenzollern eine Rückkehr zum Auszählverfahren nach d‘Hondt bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg.